

Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1908. Nr. 474. für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 301.

Wahrscheinlich für Halle u. Bittere 2,50 M., durch die Post bezogen 3 M., für das Vierteljahr. Die Halleische Zeitung erscheint wöchentlich fünfmal. — Wochensatz: Halleischer Courrier (Mitt., Donnerstags), 3 M., Unterhaltungsblatt (Sonntags), 2 M., Wochensatz.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipzigerstraße 87, Centralhaus, Telefon 158; Redaktions-Telephon 1272. Eing. Nr. 249/1908. Verleger: Dr. Walter Gebhardt in Halle a. S.

Zweite Ausgabe
Donnerstag, 8. Oktober 1908.

Abgabegebühren I. d. Reichspostgesetzliche Bestimmungen über den Raum I. Halle u. von Sachse 20 Pf., außerhalb 30 Pf., Resten am Schluß bei reaktionellen Zeit die Stelle 100 Pf. (Anzeigen-Kinasse u. d. Expedienten in Halle a. S. u. bei allen bekannten Anzeigen-Expeditoren).

Die Lage auf dem Balkan.

Die Angliederung Aretas an Griechenland proklamiert. Infolge des bulgarischen Staatsstreiches hat am Dienstag die Bevölkerung Aretas befreit, die Angliederung an Griechenland zu proklamieren. Am Mittwoch ist dieser Beschluß ausgeführt worden. Auf der ganzen Insel sind in öffentlichen und kommunalen Anstalten hellenische Behörden installiert worden. Die Bevölkerung strömt zu Tausenden in Kreta zusammen, um dort ihrer Begeisterung für Griechenland Ausdruck zu verleihen.

Die Note Österreich-Ungarns an die Porte.

Der österreichisch-ungarische Botschafter in Konstantinopel, Margraf Pallavicini, überreichte Mittwoch nachmittag der Porte folgende Note:

Als Österreich-Ungarn mit der Porte am 31. April 1879 die Konvention betreffend die Durchführung des Artikels 23 des Berliner Vertrages in Bezug auf den Sandjak von Konya abschloß, gab es sich Rechenschaft über die enge Solidarität der Interessen, die sich u. a. in jenen Bestimmungen der Konvention kundgab, welche die Anwesenheit von österreichisch-ungarischen und ottomanischen Garnisonen in gewissen Ortschaften vorsah. Die durch diese freundschaftliche Kooperation österreichisch-ungarischer und ottomanischer Truppen vorzusehende Absicht wurde erreicht. Es ist uns gelungen, die Ordnung aufrecht zu erhalten und den europäischen Frieden zu sichern, den Konvention in diesen Gebieten in Gefahr gebracht hätte in dem Momente, wo die Türkei durch die Folgen des Krieges geschwächt war. Seitdem hat sich die Lage grundlich geändert. Die 30 Jahre, die der Unterzeichnung der Konvention vergangen, haben der Türkei Zeit zu lassen. Die politische Bewegung, die sich namentlich gegenwärtig in der Türkei zeigt, läßt die Festhaltung des ottomanischen Staates und hierdurch die Festigung der Grundlagen des Heiliges Erdem. Österreich-Ungarn gab vor nicht langer Zeit der Türkei einen Beweis seiner wohlwollenden freundschaftlichen Absichten, indem es erklärte, es sei geneigt, in die Konvention betreffend den Eisenbahnbau von Mar-Atroina eine Klausel aufzunehmen, daß die Monarchie sich nur an nicht mehr von ihrem Rechte Gebrauch machen werde, an anderen Punkten des Sandjaks ohne vorheriges Einverständnis mit der Türkei Truppen zu halten. Heute, wo die Zusammenführung einer neuen politischen Ära in Konstantinopel eine neue Epoche der Beziehungen zwischen der Türkei zu sein scheint, hofft Österreich-Ungarn, daß es der Porte allein gelingen werde, die Ordnung im Sandjak aufrecht zu erhalten und so in diesen Gegenden die Aufgabe zu erfüllen, die bisher dem Zusammenwirken der beiden Regierungen oblag. Österreich-Ungarn sogert nicht, zu erklären, daß es in Zukunft auf die Gesetzmäßigkeit der Sache besteht, die Konvention des Sandjaks einräumt. Was die österreichisch-ungarischen Truppen betrifft, so erhebt sich der Wunsch, die Ortschaften, wo sie garnisoniert, zu räumen. Durch diese hochbedeutende Tat glaubt Österreich-Ungarn, der Porte nicht nur einen erhellenden Beweis seines Vertrauens und seiner aufrichtig freundschaftlichen Gesinnung zu geben, sondern auch hierdurch gleichzeitig den Gerüchten, die ihm egoistische Ambitionen und territoriale Begierlichkeiten zuschreiben, das formelle Dementi entgegen. Wenn also feststeht, daß Österreich-Ungarn nicht mehr die Absicht hat, an die Bestimmungen des Konstantinopeler Vertrages bezüglich des Sandjaks zu appellieren, so liegt es im Interesse der Türkei, sich an die Bestimmungen des Berliner Vertrages zu halten, durch den Österreich-Ungarn sich verpflichtet hat, die territoriale Integrität des Reiches zu konzentrieren. Bosnien und die Herzegovina sind heute dank der fleißigen Arbeit der österreichisch-ungarischen Verwaltung zu einem hohen Grade materiell und geistig aufwärts gelangt. Der Augenblick scheint also gekommen, das unternommene Werk zu krönen und diesen Provinzen die Volkswirtschaft des von der Bevölkerung gewünschten autonomen und konstitutionellen Regimes zu gewähren. Österreich-Ungarn muß indessen, um seine alten Aufgaben zu verwirklichen, die Lage in diesen Provinzen genau regeln und für wirksame Garantien gegen Gefahren vorzulegen, die die Stabilität des im Jahre 1878 eingetragenen Regimes bedrohen könnten. Österreich-Ungarn sieht sich daher vor der gebieterischen Notwendigkeit, sich bei der in Konstantinopel Konvention enthaltenen Vorbehalte zu entziehen und, was Bosnien und die Herzegovina betrifft, seine frühere Aktionsfreiheit wiederzugewinnen. Es glaubt, daß die Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und der Türkei, frei von der Unsicherheit der Lage in Bosnien, der Herzegovina und im Sandjak, mit der definitiven und normalen Sachlage, die wir herstellen wollen, gewonnen werden.

Der Eindruck der Note.

Ueber den Eindruck, den diese Note in Konstantinopel machte, erhalten wir von dort folgende Meldung: Nachdem die Ueberreichung der österreichisch-ungarischen Note vorausgegangen war, machte das Erscheinen des österreichisch-ungarischen Botschafters Margraf Pallavicini auf der Porte tiefen Eindruck. Der Konstantinopeler und hierherkommende Telegramme werden in den Kreisen der Mächte bald bekannt und lebhaft besprochen. Bald danach fand eine Kommissionsberatung statt. Den erschienenen türkischen Redakteuren wurde die Bekanntgabe des Inhaltes der Note verweigert und gesagt, daß vorläufig nichts beschlossen worden sei. Das jugtürkische Komitee erklärt, daß es sich genehmigt nicht mit

der bosnischen Frage, sondern ausschließlich mit der bulgarischen Proklamation und Makedonien besesse. Auch die Leiter der türkischen Presse bezeichnen eine Rückwirkung auf den Korpsbereich von Saloniki. Mittwoch nachmittag fand ein großes Meeting in der Sophienallee statt. Ein Ulema hielt eine Rede über die allgemeine Lage, in der er ausfuhrte, man müsse dafür sorgen, daß die Parlamentswahlen rasch und ordnungsmäßig stattfinden, weil die politischen Verhältnisse kritische seien. Was die bulgarische Frage anlangt, so müsse man ihre Lösung der Regierung überlassen.

Weitere Ueberreichungen von Noten.

Der österreichisch-ungarische Botschafter in Berlin v. Szögény-Maria ist in Rom in den Tagen eingetroffen. Der österreichisch-ungarische Botschafter in Paris Graf Khevenhüller übergab Mittwoch nachmittag dem französischen Minister des Aeußen die Zirkularnote seiner Regierung betreffend die Annexion Bosniens und der Herzegovina und die Wäumung des Sandjaks von Konya. Ebenso hat der österreichisch-ungarische Botschafter in Wien eine solche Note überreicht.

Großbritannien erkennt Bulgarien nicht an.

Der diplomatische Agent Großbritanniens in Sofia überreichte dem bulgarischen Ministerium des Aeußen eine Note, welche die Erklärung enthält, daß die britische Regierung das Königreich Bulgarien nicht anerkennen könne, bevor die anderen Mächte und die Türkei ihre Haltung in der Angelegenheit präzisieren hätten.

Kriegsgefahr.

Türkische Mächte zufolge wurden am Dienstag in Stambul Plakate aufgefunden, welche die Kriegserklärung gegen Bulgarien verurteilten. Das Konstantinopeler Blatt „Sabah“ beurteilt die Anschläge, die von den Rektionären veranlaßt worden seien, um Spaltungen und Aufbegehren herbeizuführen, in scharfer Weise. Das Blatt vertritt die Meinung, wenn sie dies als mit ihrer Politik vereinbar finde.

Die Porte protestiert gegen die bulgarische Unabhängigkeitserklärung.

Der türkische Botschafter in Paris Raimund Pascha hat dem Minister Pichon Mittwoch nachmittag in Paris die Protest-Zirkularnote der Porte gegen die bulgarische Unabhängigkeitserklärung überreicht. Es heißt darin: Der Sultan erhebt nachdrücklich Einspruch gegen die Haltung des Fürsten Ferdinand und appelliert eindringlich an die Signatarmächte des Berliner Vertrages, entsprechende Verfügungen zu treffen, beispielsweise die Einberufung einer Konferenz behufs Festlegung der Bedingungen zur Wiederherstellung der gesetzlichen Ordnung in Bulgarien und Ostrumelien und Aufrechterhaltung der Interessen der Türkei. Die Porte könnte zur Gewalt greifen, um ihren Rechten Achtung zu verschaffen, aber sie will dies aus Achtung vor den Verträgen und im Hinblick auf die allgemeinen Interessen und das einmütige Friedensbedürfnis vermeiden. Sie verweigert formell gegen die oben vorgesehene Erklärung des Berliner Vertrages und behält sich ausdrücklich alle ihr durch diesen internationalen Akt verschafften Rechte vor.

Die Jungtürken.

Der lebende Gedanke und das Schlagwort des jugtürkischen Komitees scheint nach einer Meldung aus Konstantinopel zu sein, den Krieg absolut zu vermeiden, da sonst, wie feinerseitig durch den russischen Krieg, die Bevölkerung verloren gehen könnte. Jungtürkische Kreise scheinen die jüngsten politischen Ereignisse auf das Schicksal der Jungtürken. Auf jugtürkischer Seite verteidigt man sich damit, daß die Geschehnisse nur Folgen und Nachwehen des alten Regimes seien. Ferner wird uns aus Konstantinopel gebracht, daß armenische Mächte melden, daß armenische Komitee habe der Porte für den Fall eines Krieges vierzigtausend freiwillige und große Selbstmänner angeboten.

Eine Unterredung mit Iswolski.

Der russische Minister des Aeußen Iswolski erklärte einem Redakteur des Moskauer „Temb“, er habe auf die kürzliche Mitteilung des Reichern von Weyrenthal betreffend die Annexion Bosniens und der Herzegovina, welche als eine Möglichkeit, jedoch ohne Festlegung des Zeitpunktes hingestellt wurde, geantwortet, daß dies eine europäische Angelegenheit sei, und daß eine derartige Verletzung des Berliner Vertrages nur mit Zustimmung der Signatarmächte möglich sei. Er habe hinzugefügt, daß diese Verletzung des Berliner Vertrages, so heimlich sie für Russland selbst sei, offenbar keinen casus belli zwischen Österreich-Ungarn und Russland bilden werde, aber man müsse sich darauf gefaßt machen, daß alle interessierten Mächte eine Revision der bedrückenden Vertragsklauseln verlangen würden. Was Bulgarien anbelangt, fuhr der Minister fort, so haben wir der bulgarischen Regierung bis zur letzten Stunde ermöglicht, von dem oben vorgesehnen Schritte abgesehen. Dieser doppelten Verletzung des Berliner Vertrages kann Europa nicht zustimmen. Ein Vorschlag auf

Einberufung einer Konferenz zur Prüfung der gegenwärtigen Lage wird in wenigen Tagen erfolgen, und ich sehe nicht, wie man sich derselben entziehen könnte. Der Beschluß Österreichs betreffend die Wäumung des Sandjaks von Konya bildet für die Türkei gewiß eine ernsthafte Entschädigung und wird eine friedliche Regelung der Dinge erleichtern. Die Wäumung des Sandjaks hat auch für die kleinen Balkanstaaten eine große Bedeutung. Ich will nicht weiter auf die Frage der Kompositionen eingehen. Die Mächte werden darüber im Geiste der Willigkeit für jedermann, auch für die Türkei, urteilen.

Die Stimmung in Serbien.

Die serbische Stupskina ist am 10. Oktober einberufen worden. Die Wahlen über die Veränderungen hinsichtlich Bosniens machen auf die serbische Bevölkerung einen sehr tiefen Eindruck. Die Stimmung ist bei dem großen Teil der Volks sehr erregt. Die führenden Politiker aller Parteien sowie die Belgrader Blätter vom 7. c. treten einmütig für eine energische Stellungnahme zugunsten des serbischen Teils der Bevölkerung von Bosnien und der Herzegovina und gegen Österreich-Ungarn ein, um dadurch eine Intervention der europäischen Mächte herbeizuführen. Besonders die jugendlichen Elemente treten für ein solches Vorgehen ein, da die Annexion Bosniens für den Fall, daß sie von Europa anerkannt würde, die serbischen nationalen Interessen tödlich treffen würde, während einzelne Persönlichkeiten auf die Aussichtslosigkeit etwaiger gewalttätiger Aktionen sowie auf die Notwendigkeit hinweisen, die Stellungnahme der Großmächte abzuwarten. Die Regierungskreise erklären, am kommenden Sonnabend werde die Stupskina die endgültige Lösung aller Fragen bringen.

Deutschland und die Balkanfrage.

Entgegen dem in einem Teile der auswärtigen Presse immer wieder ausgesprochenen Verdacht, daß Deutschland die österreichisch-ungarische Regierung zu ihrem Vorgehen in der Angliederungsangelegenheit anregelt und anspornt, bemerkt ein Berliner Telegramm der „Kölnischen Zeitung“:

Den in politischen Kreisen unterrichteten Kreisen ist es wohlkommen bekannt, daß Österreich-Ungarn ohne jede Anregung von deutscher Seite die Angliederung Bosniens und der Herzegovina vorgenommen hat. Dieses selbständige Vorgehen Österreich-Ungarns ändert nichts daran, daß man auf der serbischen Seite den bestehenden, seit 30 Jahren bestehenden Bundesverhältnis Rechnung tragen, und, sofern es nötig sein sollte, Österreich-Ungarn zu dieser Frage unterstützen wird. Was die Einberufung eines Kongresses anbelangt, die angehend zurzeit zwischen Russland, England und Frankreich besprochen wird, so würde Deutschland seine grundsätzlichen Bedenken tragen, an einem solchen Kongresse teilzunehmen. Man darf sich aber nicht verhehlen, daß dem Plane doch recht erhebliche Bedenken entgegenstehen und daß, wenn man nach Aufhebung der österreichisch-ungarischen Presse urteilen darf, in Österreich-Ungarn sehr geringe Achtung vorhanden ist, einen solchen Kongress zu besenden, zum wenigsten, als er sich mit der Frage der offizierten Provinzen befassen würde. Sobald man der Frage praktisch näher tritt, zeigen sich auch noch Schwierigkeiten anderer Art. So würde z. B. die Türkei auf einem solchen Kongresse vielleicht nicht geneigt sein, Bulgarien als gleichberechtigtes Mitglied anzuerkennen, und auf der anderen Seite würden die Bulgaren, nachdem sie ihre Unabhängigkeit einmal ausgesprochen haben, nicht gewillt sein, anders denn als gleichberechtigter Staat mit der Türkei auf dem Kongresse zu erscheinen. Im übrigen sind wir der Ansicht, daß es wohl vor allem der Türkei zukommt, Ansprüche über die Behandlung der schwedischen Frage zu stellen, denn schließlich ist doch sie in erster Linie beteiligt. Wäher ist eine türkische Note, die die Einberufung eines Kongresses fordert, den Mächten aber nicht zugegangen.

Die neuesten Meldungen.

Berlin, 8. Oktober. Dem „Reichspostzeiger“ zufolge empfing der Kaiser gestern vormittag in Rominten den dort eingetroffenen österreichisch-ungarischen Botschafter v. Szögény und hatte mit ihm eine längere Besprechung.

Gelinge, 8. Okt. Die Regierung hat an die Vertreter der Berliner Signatarmächte eine Note gerichtet, in der die Verfügung über Bosnien als eine Verletzung des Berliner Vertrages bezeichnet wird.

London, 8. Okt. Das Aeußerliche Bureau erfährt, der nächste Schritt bei der gegenwärtigen diplomatischen Aktion sei der Erlassener Note an die Signatarmächte des Berliner Vertrages durch die russische Regierung, in der die Einberufung einer Konferenz vorgeschlagen wird. Es scheint als sicher angelegt zu werden, daß die Mächte vorher die Ausdehnung der Diskussion und das Programm genau festlegen werden. In London offiziellen Kreisen wird berichtet, der Erlass der Note stehe unmittelbar bevor. Es wird vorgeschlagen, die Diskussion auf der Konferenz beschränkt auf die Fragen zu beschränken, die sich aus der neuesten Aktion Österreich-Ungarns und Bulgariens ergeben.

Sofia, 7. Okt. Die Nachricht von der Annectio...

Die polnischen Erwerbs- und Wirtschafts-

haben eine starke Stütze der großpolnischen Bewegung...

Auf diese Weise erfolgte das Anwachsen der polnischen Erwerbs- und Wirtschafts-Genossenschaften...

Man kann hieraus ersehen, wie die besonders in dem laufenden Jahrzehnt auf die Spitze getriebene großpolnische Agitation...

Es ist für uns Deutsche befremdend, daß die Polen den politischen, nationalen Wert eines kräftigen Mittelstandes mehr zu schätzen wissen...

Deutsches Reich.

Die Ausführung der Mädchenschulreform. Die Mädchenschulreform, die bekanntlich bereits Anfang April nächsten Jahres in Kraft treten soll...

notwendigen, nämlich neu einzuführenden Schulbücher vorbereiten zu können...

Die Wahlkreisfrage im Ältesten Rat. In der Sitzung der Wahlkreisdeputation der zweiten Kammer am Mittwoch...

Telegraf. Die „Ohrpost“ meldet: Der Ouberscher, Abat von Placem bei Koenigsberg...

Unständer.

Unständer. Der Unterstaatsrat in Petersburg erhielt vom Unterrichtsminister den Befehl, die Vorlesungen wieder aufzunehmen...

Dänemark. Finanzminister Neergaard, der am Mittwoch zum König berufen wurde...

Vereinigte Staaten von Amerika. Fast bestimmet in einer in Cincinnati gehaltenen Rede den baldigen Wau eines Aufstieges...

Aus Nah und Fern.

Erleben. Aus Schittmitz, Samppel, Starofenstantinow, Zwenzig, Gouvenement Poljanien...

Die Chelera. Am Freitag wird am 7. Oktober gemeldet: In den letzten 24 Stunden sind 24 Personen an Cholera gestorben...

Im Prozeß gegen die frühere Kammerfrau Martha Sieger wegen des Mordes an dem Verstorbenen der Wästin Wastens...

N. C. Neue Schmandchen. Als der Zypus der modernen sogenannten gesellschaftlichen Frau aufkam...

Die durch den Stofflich schwer verlegende Böhmung in Scherleben ist nun nach Einlieferung in das Krankenhaus gestorben. Für die Frau des H. ist Hoffnung vorhanden...

Hauptversammlung des Anhaltischen Lehrervereins.

Am Montag und Dienstag lagte hier die 36. Hauptversammlung des Anhaltischen Lehrervereins. In der am Montag nachmittags abgehaltenen geselligen Sitzung wurden hauptsächlich geschäftliche Angelegenheiten erledigt...

und aus der Mitte der Versammlung gestellte Anträge. Nachdem dann noch ein Jubiläumsgedenken an den 25. Jahrestag der Reichsgründung...

Die öffentliche Versammlung wurde Dienstag vormittag 10 Uhr durch den Vorsitzenden des Landesvereins Seminarlehrer C. H. G. Götzen eröffnet...

Provinz Sachsen und Umgebung.

W. Meiningen, 6. Okt. (Die gestrige Erwähnung gerichtlicher Verhandlungen) richtete sich gegen den früheren Reichsanwalt...

Altenburg, 6. Okt. (Baumwärterprüfung) Der am Sonntag abgehaltene Baumwärterprüfung an der Landesmittelschule...

Mitteil aus der Provinz Sachsen und den umliegenden Staaten. Der durch den Stofflich schwer verlegende Böhmung in Scherleben ist nun nach Einlieferung in das Krankenhaus gestorben...

Letzte Telegramme.

Berlin, 8. Oktober. Die Pläne für die Elektrifizierung der Stadthahn werden noch in diesem Monat dem Stadtmagistrate vorgelegt werden.

Vertical text on the left margin.



